

TU Verkündungsblatt

Amtliche Bekanntmachungen

TU Verteiler 3

GdP (30 Ex)

Aushang

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina
zu Braunschweig
Nr. 560
30.07.2008

Redaktion:
Geschäftsbüro des
Präsidiums
Pockelsstraße 14
38106 Braunschweig
Tel. 0531/391-4101
Fax 0531/391-4300

Änderung der Grundordnung der TU Braunschweig

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur hat die vom Senat der TU Braunschweig in seiner Sitzung am 09. Juli 2008 beschlossene Änderung der Grundordnung am 23. Juli 2008 genehmigt.

Die Änderung der Grundordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung am 31. Juli 2008, in Kraft.



Dritte Änderung der Grundordnung

der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig

Abschnitt I

Die Grundordnung der Technischen Universität Braunschweig, Bek. vom 21.01.2005 (TU-Verkündungsblatt Nr. 340), zuletzt geändert durch Bek. vom 07.07.2008 (TU-Verkündungsblatt Nr. 556), wird auf Beschluss des Senats der Technischen Universität Braunschweig vom 09.07.2008 wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Dem Präsidium gehören neben einer Präsidentin oder einem Präsidenten eine hauptberufliche Vizepräsidentin oder ein hauptberuflicher Vizepräsident sowie drei nebenberufliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten an.“

bb) In Satz 4 werden die Worte „nach Absatz 1“ gestrichen.

b) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„Gemeinsame Kommissionen arbeiten als beratende Gremien dem Präsidium und dem Senat zu. Die Amtsdauer dieser Kommissionsmitglieder beträgt grundsätzlich vier Jahre, die der Studierenden grundsätzlich ein Jahr, sofern nicht vom Senat andere Regelungen, insbesondere in anderen Ordnungen, getroffen worden sind oder werden. Die Mitglieder werden von ihren jeweiligen Gruppen im Senat vorgeschlagen und vom Präsidium bestellt. Die gemeinsamen Kommissionen tagen mindestens einmal im Jahr.“

2. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5 Hochschulrat

(1) Der Hochschulrat ist ein zentrales Organ der Universität. Der Hochschulrat nimmt insbesondere die Aufgaben gem. § 52 Abs. 1 NHG wahr. Er gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Amtszeit der sieben Mitglieder des Hochschulrats, von denen mindestens drei Frauen sein sollen, beträgt vier Jahre; eine einmalige erneute Bestellung (bzw. Wiederwahl des Hochschulmitglieds) ist möglich.

(2) Der Beschluss zur Herstellung des Einvernehmens gemäß § 52 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 NHG bedarf der Mehrheit der Mitglieder des Senats. Für die Wahl des Hochschulmitglieds gemäß § 52 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 NHG ist die Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder des Senats erforderlich. Sollte diese Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht werden, so ist in einem zweiten Wahlgang gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.“

3. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 wird durch folgenden Satz ergänzt:

„Die Freistellung kann auf die Mitglieder des Dekanats verteilt werden; der Gesamtumfang der Freistellungen darf den Umfang der Dienstaufgaben einer Person nicht übersteigen.“

b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„Die Dekanin oder der Dekan der Fakultät wird von den Amtsvorgängerinnen oder Amtsvorgängern in rücklaufender Reihenfolge vertreten, sofern diese dem Dekanat angehören. Gehört keine der Amtsvorgängerinnen oder der Amtsvorgänger dem Dekanat an, so obliegt die Vertretung den übrigen Professorinnen und Professoren des Dekanats in der Reihenfolge des Dienstalters.“

c) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Ordnungen der Fakultäten bedürfen der Genehmigung des Präsidiums; die Genehmigung darf nur aus Rechtsgründen versagt werden.“

bb) Die bisherigen Sätze 2 bis 4 werden Sätze 3 bis 5.

cc) Im neuen Satz 3 wird das Wort „Ihm“ durch die Worte „Dem Fakultätsrat“ ersetzt.

d) Es wird folgender neuer Absatz 7 aufgenommen:

„Mitglieder des Dekanats können dem Fakultätsrat nicht zugleich als gewählte Mitglieder angehören.“

e) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8.

4. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „für die Lehre zuständige Mitglied des Präsidiums“ durch das Wort „Präsidium“ ersetzt.

b) Absatz 2 Satz 5 erhält folgende Fassung:

„Als Studiendekanin oder als Studiendekan bzw. als deren Stellvertreterin oder dessen Stellvertreter sind Mitglieder der Hochschullehrergruppe oder in Ausnahmefällen ein lehrendes Mitglied der Mitarbeitergruppe wählbar.“

5. In § 8 Abs. 1 wird folgender Satz 3 ergänzend angefügt:

„Dies umfasst auch Zusammenschlüsse von Instituten oder Seminaren zu Departments oder anderen Organisationseinheiten, denen bestimmte organisatorische bzw. verwaltende Aufgaben übertragen werden können.“

6. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält die Fassung: „Kommission für Gleichstellung“.
- b) In Absatz 1 sind die Worte „Frauenförderung und“ zu streichen, der Klammerzusatz „(KFG)“ wird durch den Klammerzusatz „(KfG)“ ersetzt.
- c) In den Absätzen 2, 3, 4, 5, 6 und 7 wird die Abkürzung „KFG“ jeweils durch die Abkürzung „KfG“ ersetzt.
- d) In Absatz 7 Satz 1 wird das Wort „Frauenförderplan“ durch „Gleichstellungsplan“ ersetzt.

7. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) § 10 erhält die Überschrift: „Gleichstellungsbeauftragte“
- b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Senat wählt auf Vorschlag der Kommission für Gleichstellung eine Gleichstellungsbeauftragte, die in der Regel hauptberuflich zu beschäftigen ist.“
 - bb) In Satz 2 werden die Worte „Frauenförderung“ gestrichen.
 - c) In Absatz 3 Satz 4 werden die Worte „der Frauen- und“ gestrichen.

8. § 11 Absatz 7 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die regelmäßige Amtszeit in den Organen, den Kommissionen und den sonstigen Gremien beträgt zwei Jahre, die Amtszeit der Vertretung der Studierenden beträgt ein Jahr, sofern nicht das NHG oder diese Grundordnung etwas anderes bestimmen; § 3 Abs. 6 bleibt unberührt.“

9. § 13 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 5 werden die Worte „im Einvernehmen“ durch die Worte „mit Zustimmung“ ersetzt.
- b) Am Ende von Absatz 3 wird folgender Satz ergänzend angefügt:

„Im Übrigen gilt § 26 Abs. 4 NHG.“
- c) Absatz 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Berufungsvorschlag wird dem Fakultätsrat vorgelegt und nach dessen zustimmender Beschlussfassung dem Senat zur Stellungnahme zugeleitet; dabei sind die ggf. eingeholten Gutachten und sonstigen Unterlagen sowie eine Auflistung aller Bewerberinnen und Bewerber beizufügen.“

d) In Absatz 7 Satz 2 wird der erste Halbsatz wie folgt gefasst:

„Der Berufungsvorschlag soll vom Präsidium zurückverwiesen werden,“

e) In Absatz 8 wird Satz 1 gestrichen, die bisherigen Sätze 2 und 3 werden die Sätze 1 und 2.

10. In § 15 Absatz 2 und 3 wird jeweils das Wort „Frauenförderplan“ durch „Gleichstellungsplan“ ersetzt.

11. § 18 wird wie folgt geändert:

a) § 18 erhält die Überschrift: „Bestandteile der Grundordnung“.

b) Die Absätze 1 und 2 werden gestrichen, der bisherige Absatz 3 wird § 18.

Abschnitt II

Diese Änderungssatzung tritt nach ihrer Genehmigung durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur am Tag nach der hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.